

40
75

Union in Deutschland

Bonn, den 2. Oktober 1975

Jetzt geht es um Deutschland

Am 20. Oktober 1950 — also vor 25 Jahren — ist die CDU als Bundespartei in Goslar gegründet worden. Dieser Tag soll ein Signal für uns sein:

Wir müssen jetzt aktiv werden. Alle Kreis- und Ortsverbände müssen damit beginnen, die Mitglieder auf das große Ziel hin zu mobilisieren: im Herbst 1976 die Wende in der deutschen Politik zu erzwingen.

Sehr erfolgreiche Landtags- und Kommunalwahlen liegen hinter uns. Der wichtige Wahlkampf in Baden-Württemberg hat begonnen. Von der entscheidenden Wahl zum Deutschen Bundestag trennen uns noch 12 Monate.

Wir sind jetzt nahezu 600 000 CDU-Mitglieder. Darüber können wir uns freuen. Wichtiger aber ist: Wir müssen alles daransetzen, die 600 000 zu aktiven Wahlkämpfern für die Union zu machen. Darum geht es heute. Beginnen wir jetzt. Die CDU tritt in Aktion.

■ BREMEN

Das Wahlergebnis vom Sonntag zeigt auch in der Hansestadt eine solide Vorwärtsentwicklung der Union. Seite 5

■ § 218

Bei den Gesprächen mit der SPD/FDP hält sich die Union an die Maßstäbe des Bundesverfassungsgerichts. Seite 4

Noch 12 Monate bis zur Wahl!

*Lesen Sie den
Sonderteil in dieser
UiD-Ausgabe*

CDU in Aktion

600000 Mitglieder
kämpfen für die Alternative '76

CDU

■ INFORMATIONEN

Parlament soll mit gutem Beispiel vorangehen

Da das Defizit des Bundeshaushaltes in Höhe von voraussichtlich rund 40 Mrd. DM im Jahre 1976 zu rigorosen Einsparungsmaßnahmen zwingt, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag zur Einfrierung der Entschädigungen der Mitglieder des Deutschen Bundestages für 1976 beschlossen. Ein Verzicht der Mitglieder des Bundestages auf eine Anhebung ihrer Aufwandsentschädigungen für das Jahr 1976 könnte ein Beispiel geben und dazu beitragen, daß nur maßvolle, dem Ernst der Lage entsprechende Forderungen der Sozialpartner bei den anstehenden Tarifverhandlungen gestellt werden.

Steigende Belastungen für Sozialmieter

Auf steigende Belastungen für Sozialmieter haben Hans Katzer und Josef Mick in einer Kleinen Anfrage hingewiesen. Mitgeteilt wird, daß die Stadt Köln Zinserhöhungen für kommunale Wohnungsbaudarlehen plane, die sie vor 1962 zusätzlich zu den Landeswohnungsbaumitteln gegeben habe. Nach Auskunft der Arbeitsgemeinschaft Gemeinnütziger Kölner Wohnungsunternehmen habe die Stadtverwaltung darauf verwiesen, daß diese Zinserhöhungen in voller Höhe durch Mieterhöhungen auszugleichen seien, was bei den betroffenen Wohnungen zu Mieterhöhungen von durchschnittlich zehn Prozent führen würde.

Die Abgeordneten befürchten, daß dieses Beispiel Schule macht und die „Sozialmieter in immer stärkerem Maße

kaum noch tragbare Mietbelastungen hinnehmen müssen“. Von der Bundesregierung wollen sie wissen, ob weitere Kommunen in ähnlicher Weise verfahren und was die Regierung unternehmen will, damit „solche offenkundigen Mißstände“ in Zukunft vermieden werden könnten.

Unzumutbare Handelskonzessionen an den Osten

Die Opposition lehnt den zwischen der Bundesregierung und Polen vereinbarten Finanzkredit von einer Mrd. DM ab. kündigte Haushaltsexperte Althammer im Bundestag an. Er nannte den Kredit wegen seiner günstigen Konditionen von 2,5 % Verzinsung bei einer Laufzeit von 25 Jahren mit fünf tilgungsfreien Jahren „skandalös“. Althammer kritisierte, daß für die Ausreise von Deutschen aus Polen keine vertragliche Bindung erreicht wurde und statt 250 000 Ausreisewillige nur 120 000 bis 125 000 Deutsche ausreisen dürfen. Die Union könne nicht dem „Geschenk“ an ein kommunistisches System zustimmen, das „Tag für Tag die Bundesrepublik als kapitalistisch und ausbeuterisch beschimpft“. Unzumutbar sei das Geschäft auch deshalb, weil die Bundesregierung gleichzeitig deutschen Bürgern Milliardenopfer zumuten wolle. Die CDU/CSU sei nicht gegen Geschäfte mit Polen; diese müßten aber zu gleichen Bedingungen wie mit westlichen Handelspartnern erfolgen.

Sparvorschläge der hessischen CDU

„Linkslastige, geldfressende Renommierprojekte“ sofort einzustellen, hat die hessische CDU-Landtagsfraktion in Wiesbaden von der Landesregierung gefordert. Ausdrücklich genannt wurde

die Institute „Wohnen und Umwelt“ in Darmstadt, das „Institut für Friedens- und Konfliktforschung“ in Frankfurt, das in der Auflösung begriffene „Bildungstechnologische Zentrum“ in Wiesbaden. Alle diese Institute seien „nutzlos“ und ohne wissenschaftlichen Wert. Rund fünf Millionen Mark könnten jährlich eingespart werden.

Spendenaktion der EUCD

Das Politische Büro der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) stellte in seiner Züricher Sitzung am 19./20. September fest, daß in Chile die Verletzung fundamentaler Menschenrechte und der staatsbürgerlichen Freiheiten fort dauert. Es protestiert gegen die neuerliche Beschränkung der bürgerlichen Rechte und Verletzung der Menschenrechte unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus in Spanien. Die EUCD beauftragte ihren Präsidenten Kai-Uwe von Hassel, zu einer Spendenaktion und zur Unterstützung all derer aufzurufen, die aus demokratischer Verpflichtung um ein neues, dem freien Europa eng verbundenes Portugal und Spanien bemüht sind.

Union fragt nach

„Verfahrenssabotage“

Die Entwicklung des BM-Prozesses in Stuttgart unterstreicht laufend nach Auffassung von Unions-Bundestagsabgeordneten, daß eine gesetzliche Regelung gegen krasseste Fälle von Verfahrenssabotage durch Verteidiger unaufschiebbar nötig ist. Die Abgeordneten wollen in einer Anfrage von der Bundesregierung wissen, ob nach ihrer Ansicht die bestehenden Gesetzesvorschriften zur Abwehr ausreichen, oder ob eine Neuordnung erfolgen muß.

STICHWORTE

Den Nachtragshaushalt 1975

der Bundesregierung hat die Union abgelehnt, weil er ein weiterer Schritt in die falsche Richtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist.

Seit wann

ist der Bundesregierung bekannt, daß in der DDR Ausbildungszentren für Anarchisten bestehen und was hat sie dagegen unternommen? Diese Anfrage wurde vom CSU-MdB Paul Gerlach an die Bundesregierung gerichtet.

Minderung des

Vertrauens in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hält Schweizer Kapitalgeber zunehmend von Investitionen bei deutschen Firmen ab, erklärte Ministerpräsident Filbinger (CDU).

Die im Austausch

gegen Peter Lorenz in den Südjemen freigelassenen Terroristen werden zusammen mit 30 anderen Personen an Waffen ausgebildet und müssen in der Landwirtschaft arbeiten.

Die erste private

medizinische Hochschule wird auf Beschluß des Verbandes der Ärzte Deutschlands in Koblenz gegründet werden. SPD und DGB sind dagegen.

30 000 Briten

jeden Alters haben auf ein Inserat der Londoner Deutschen Botschaft reagiert, das um Mitteilung bat, wer etwas über Land und Leute der Bundesrepublik wissen will.

Für eine Luxussteuer

haben sich bei einer Wickert-Umfrage nur 16 v. H. aller wahlberechtigten Bundesbürger ausgesprochen, 74 v. H. dagegen. 10 v. H. waren ohne Meinung.

■ § 218

Union strebt verfassungskonforme Lösung an

Die CDU strebt eine Neufassung des Paragraphen 218 auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar an, erklärte Generalsekretär Prof. Kurt H. Biedenkopf nach der Sitzung des CDU-Präsidiums am 29. September.

Das CDU-Präsidium hat den nun vorliegenden Gesetzentwurf der SPD/FDP-Fraktion zur Kenntnis genommen und begrüßt die Bereitschaft des Vorsitzenden der SPD, der von der CDU/CSU schon vor längerer Zeit ausgesprochenen Aufforderung zu einem Gespräch zwischen den Parteien zu folgen.

Nach Auffassung des CDU-Präsidiums kommen die Ansprüche des Bundesverfassungsgerichts an die Formulierungen der Sozialen Indikation sowie an die Prüfungs- und Verfahrensvorschriften im Entwurf der Koalitionsfraktionen nicht genügend zur Geltung. Die CDU hält ihr Angebot aufrecht, an einer von allen Parteien getragenen und von der breiten Mehrheit der Bürger akzeptierten Änderung des § 218 mitzuwirken. Sie bekräftigt ihre Auffassung, daß die Lösung solcher Grundsatzfragen von der Gewissensentscheidung eines jeden Abgeordneten getragen werden muß.

Der Vorsitzende des zuständigen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, Friedrich Vogel, erklärte ergänzend: SPD und FDP sind zwar — wie vom 76.

Deutschen Ärztetag gefordert — von einem Grundtatbestand der medizinischen Indikation ausgegangen. Sie sind aber der Gefahr erlegen, daß die Einbindung der sozialen Indikation in den Grundtatbestand nur scheinbar ist, während tatsächlich eine selbständige, isolierte soziale Indikation formuliert ist. Dies steht im Widerspruch zur Forderung des Bundesverfassungsgerichts, daß „die Schwere des Konflikts deutlich erkennbar“ werden muß.

Auch die generelle Straffreiheit der Schwangeren, wenn sie sich nur ärztlicher Beratung unterzogen hat und innerhalb der 22-Wochen-Frist bleibt, ist an dem Maßstab des Bundesverfassungsgerichts zu messen, daß der Lebensschutz für die Leibesfrucht grundsätzlich auch gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Frau Vorrang hat.

Fristenlösung soll eingeschmuggelt werden

Schlechthin unvereinbar mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind die Vorschläge der Koalition zur Regelung des Prüfungs- und Feststellungsverfahrens. Hier besteht der Verdacht, daß auf kaltem Wege die für verfassungswidrig erklärte Fristenlösung eingeschmuggelt werden soll. Man muß es als Farce bezeichnen, wenn derselbe Arzt — ganz nach Wahl der Schwangeren — Beratung und Feststellung der Indikationslage vernehmen soll.

Die weitgefaßte Indikationenregelung steht und fällt mit einer ausgewogenen Verfahrensregelung. CDU/CSU wollen die schwangere Frau keinesfalls vor ein Tribunal zerren, sie werden aber sicherstellen, daß eine sachkundige Stelle mit qualifizierten Gutachtern die erforderlichen Feststellungen trifft.

■ WAHLEN

Auch nach Bremen: Solide Vorwärtsentwicklung

Die CDU hat bei der Bremer Bürgerschaftswahl ihr bisher bestes Ergebnis in diesem Bundesland erzielt, stellte Prof. Kurt H. Biedenkopf fest. Bernd Neumann und die Bremer CDU haben sich erfolgreich geschlagen. Die Partei geht aus dem Wahlkampf auch innerlich gestärkt hervor. Wir können von einer soliden Vorwärtsentwicklung sprechen.

Bedeutsam für die Analyse des Bremer Wahlergebnisses ist, daß der Abwärtstrend bei der SPD unvermindert anhält. Gegenüber der letzten Bundestagswahl haben die Sozialdemokraten in Bremen fast zehn Prozent und gegenüber der letzten Landtagswahl rund sieben Prozent Stimmen eingebüßt. Ein erheblicher Teil der bisherigen SPD-Wähler hat sich der FDP zugewandt.

Das Bremer Landtagswahlergebnis zeigt, daß die Zahl der Wechselwähler ständig zunimmt. Die SPD hat die Fähigkeit verloren, die Wähler aus dem Bereich der politischen Mitte an sich zu binden. Hier liegen die Chancen der CDU, die Wähler der Mitte für die Union zu gewinnen.

Das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung gibt nachfolgend eine erste Analyse des Wahlergebnisses.

Gegenüber der Bürgerschaftswahl 1971 bedeutet dies für die SPD einen starken Verlust von 6,6 Prozentpunkten. Für die

CDU stellt dies einen Gewinn von 2,2 Prozentpunkten dar, für die FDP sogar einen Gewinn von 5,9 Punkten. Der Anteil der Splitterparteien sank. Die CDU erreichte das höchste Wahlergebnis aller bisherigen Bürgerschaftswahlen. Die FDP erreichte ebenfalls ihr bestes Bürgerschaftswahlergebnis, wenn man von den 19,5 % anlässlich der Bürgerschaftswahl 1947 einmal absieht.

Bei der Anzahl der Sitze erreicht die SPD noch gerade die absolute Mehrheit mit 52 von 100 Sitzen, da die 4,4 % der übrigen Parteien bei der Berechnung der Anzahl der Sitze nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren wegen der 5 %-Sperrklausel in den Städten Bremen und Bremerhaven nicht zum Tragen kommen.

Im übrigen verlief die Wahl in den beiden Städten des Landes Bremen — Bremen und Bremerhaven — nicht ganz parallel. In Bremerhaven konnte die CDU mit 34,4 % der gültigen Stimmen etwas besser als im Landesdurchschnitt abschneiden. Die SPD erhielt hier ebenfalls einen höheren Stimmenanteil als im Land (51,5 %). Die FDP konnte nicht den Landesdurchschnitt erreichen (10,4 %). In der Stadt Bremen liegen die Ergebnisse genau umgekehrt.

Vergleicht man die heutigen Wahlergebnisse mit denen der Bundestagswahl 1972 im Land Bremen, so zeigt sich, daß die SPD sogar einen Verlust von 9,4 Punkten zu verzeichnen hat,

Vorläufiges Endergebnis

| | 1975 | | 1971 | | Bundestags- wahl 1972 (Zweitstimmen) |
|-----------------|---------|----------|---------|---------|--|
| Wahlberechtigt | 527 318 | | 556 719 | | 540 928 |
| Wahlbeteiligung | 82,17 % | | 80,0 % | | 91,0 % |
| | % Sitze | | % Sitze | | % |
| SPD | 209 768 | 48,75 52 | 244 470 | 55,3 59 | 284 028 58,1 |
| CDU | 145 287 | 33,76 35 | 139 423 | 31,6 34 | 144 471 29,6 |
| FDP | 55 741 | 12,95 13 | 31 509 | 7,1 7 | 54 428 11,1 |
| NPD | 4 767 | 1,11 — | 12 561 | 2,8 — | 2 305 0,5 |
| DKP | 9 230 | 2,14 — | 13 828 | 3,1 — | 3 335 0,7 |
| Sonstige | 5 542 | 1,28 — | | | |

wohingegen die CDU einen Gewinn von 4,2 Punkten und die FDP einen Gewinn von 1,9 Punkten erreichen konnte.

Der SPD-Verlust im Land Bremen stellt sich im Vergleich zu allen Wahlen der Landtagswahlperiode 1974/75 als der zweitstärkste nach Hamburg dar. Die CDU konnte nach einem Verlust von 1,5 Punkten in Schleswig-Holstein und einem schwachen Gewinn in Nordrhein-Westfalen (+ 0,8 %-Punkte) wieder einen etwas stärkeren Gewinn für sich verbuchen. Für die FDP ist der Gewinn von 5,9 %-Punkten der stärkste Zuwachs in allen Wahlen dieser Landtagswahlperiode.

In den bremischen Ortsteilen, in denen der Anteil der Selbständigen sehr hoch ist, liegt der CDU-Stimmenanteil 14 %-Punkte über dem Landesergebnis. Er stellte sich dort auf 46,8 %. Der Zuwachs gegenüber 1971 lag hier jedoch mit 1,6 Punkten unter dem durchschnittlichen Landeszuwachs von 1,9 %-Punkten. Ähnliches gilt für die Ortsteile mit einem hohen Anteil von Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor. In schwächerer Form gilt dies auch für Ortsteile mit vielen Beamten, Angestellten oder Rentnern. Hier lag der CDU-Anteil um

7,1-, 5,2- bzw. 4,8 %-Punkte über dem Landesdurchschnitt; die Zuwächse waren mit 0,5-, 1,1- und 1,7 %-Punkten ebenfalls unterdurchschnittlich ausgefallen.

Die stärksten Zuwächse erreichte die CDU in Gebieten mit einem hohen Anteil von Arbeitnehmern im Bereich Handel und Verkehr (2,5 Punkte); hier lag der Stimmenanteil der CDU bei 31,2 %, aber mit 1,6 Punkten immer noch leicht unter dem Landesdurchschnitt. Ähnliches gilt für Arbeiterviertel: starker Zuwachs für CDU von 2,4 Punkten bei einer aber immer noch sehr starken Unterrepräsentation der CDU von 4,6 %-Punkten. Sie erhielt hier 28,1 % der Stimmen.

Den stärksten Zuwachs von 2,6 Punkten konnte die CDU in den SPD-Hochburgen von 1971 (größer als 65 %) erringen. Naturgemäß ist sie aber hier bei einem Anteil von 23,8 % um 9 %-Punkte gegenüber dem Landesergebnis unterrepräsentiert. In ihren Hochburgen von 1971 (Ortsteile mit mehr als 40 % CDU) konnte die CDU keine nennenswerten Stimmen hinzugewinnen. Sie erhöhte dort ihren Anteil lediglich um 0,5 %-Punkte.

Der SPD-Stimmenanteil liegt bei dieser Bürgerschaftswahl in Ortsteilen mit hohem Arbeiteranteil sowie in Ortsteilen mit hohem Anteil von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe um 7,6- bzw. 5,1 %-Punkte über dem Landesdurchschnitt. Hier hatte die SPD die geringsten Verluste dieser Wahl. Sie verlor jeweils 4,8 Punkte, ihr Stimmenanteil betrug 57,5 bzw. 55,0 %.

Der stärkste Verlust der SPD ist in den Ortsteilen mit vielen Selbständigen zu suchen. Sie verlor dort 7,2 %-Punkte, ihr Stimmenanteil lag bei 30,5 %. Dies sind auch gleichzeitig die Ortsteile, in denen die SPD am stärksten unterrepräsentiert ist, mit 19,5 %-Punkten unter dem Landesdurchschnitt des SPD-Wahlergebnisses. In den Ortsteilen mit vielen Angestellten ist ein Verlust von 6,9 %-Punkten festzustellen. Hier ist die

SPD mit 9,5 Punkten unterrepräsentiert, ihr Stimmenanteil betrug 40,5 %.

Die FDP ist im Verhältnis zum Landesdurchschnitt in Ortsteilen mit hohem Selbständigenanteil um 4,7-, mit hohem Anteil von Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor um 3,5-, mit hohem Angestelltenanteil um 2,8- und mit vielen Beamten um 2,5 %-Punkten überrepräsentiert. Dies sind zugleich die Gebiete, in denen die CDU ebenfalls überrepräsentiert ist.

Im großen und ganzen liegen die FDP-Gewinne in allen nach sozialstrukturellen Kriterien ausgesuchten Gebieten nahe beim durchschnittlichen Landesgewinn. Dies deutet darauf hin, daß die Gewinne der FDP nicht gruppenspezifisch zu erklären sind, sondern gruppenübergreifend bei allen Wählerschichten stattgefunden haben.

Bilanz der Landtagswahlen 1974/75

| | Landtagswahlen 1970/71 | Bundestagswahl 1972 | Landtagswahlen 1974/75 |
|----------|---------------------------|------------------------|---------------------------|
| CDU | 47,5 | 44,1 | 50,5 |
| SPD | 43,1 | 47,0 | 41,0 |
| FDP | 5,9 | 8,0 | 6,7 |
| Sonstige | 3,6 | 0,9 | 1,8 |

In den einzelnen Bundesländern:

| Land | CDU | | | SPD | | | FDP | | |
|---------------------|-------------|--------------------|------------------|-------------|--------------------|------------------|-------------|--------------------|------------------|
| | LW 74/75 | Vergl. LW 70/71 | Vergl. BTW 72 | LW 74/75 | Vergl. LW 70/71 | Vergl. BTW 72 | LW 74/75 | Vergl. LW 70/71 | Vergl. BTW 72 |
| Hamburg | 40,6 | + 7,8 | + 7,3 | 44,9 | - 10,4 | - 9,5 | 10,9 | + 3,8 | - 0,3 |
| Niedersachsen | 48,8 | + 3,1 | + 6,1 | 43,1 | - 3,2 | - 5,0 | 7,0 | + 2,6 | - 1,5 |
| Hessen | 47,3 | + 7,6 | + 7,0 | 43,2 | - 2,7 | - 5,3 | 7,4 | + 2,7 | - 2,6 |
| Bayern | 62,1 | + 5,7 | + 7,0 | 30,2 | - 3,1 | - 7,6 | 5,2 | - 0,3 | - 0,9 |
| Rheinland-Pfalz | 53,9 | + 3,9 | + 8,0 | 38,5 | - 2,0 | - 6,4 | 5,6 | - 0,3 | - 2,5 |
| Schleswig-Holstein | 50,4 | - 1,5 | + 8,4 | 40,1 | - 0,9 | - 8,5 | 7,1 | + 3,3 | - 1,5 |
| Nordrhein-Westfalen | 47,1 | + 0,8 | + 6,1 | 45,1 | - 1,0 | - 5,3 | 6,7 | + 1,2 | - 1,1 |
| Saarland | 49,1 | + 1,3 | + 5,7 | 41,8 | + 1,0 | - 6,1 | 7,4 | + 3,0 | + 0,3 |
| Bremen | 33,8 | + 2,3 | + 4,2 | 48,7 | - 6,6 | - 9,4 | 12,9 | + 5,8 | + 1,9 |
| Berlin | 44,0 | + 5,8 | | 42,7 | - 7,7 | | 7,2 | - 1,3 | |

KONJUNKTUR

Wichtigste Aufgabe bleibt der soziale Wohnungsbau

Der Bundestag hat das Regierungsprogramm zur Stärkung der Bau- und anderer Investitionen verabschiedet. Auch die CDU/CSU-Fraktion hat zugestimmt, weil dieses Programm „geeignet ist, Schlimmeres zu verhüten“, wie die Abgeordneten Zeitel und Schneider in der Debatte erklärten.

Nachfolgend eine Zusammenfassung der Argumente der CDU/CSU-Fraktion:

1. Das Programm zur Stärkung der Bau- und anderer Investitionen wird ohne nennenswerte konjunkturpolitische Wirkung bleiben. Es kommt zu spät, es ist zu knapp bemessen, in sich widersprüchlich und in seinem wohnungswirtschaftlichen Teil falsch programmiert. Der Bauwirtschaft kann mittelfristig nur durch eine strukturelle Umschichtung des Bundeshaushaltes und bei einer wesentlichen Verstärkung der Investitionsausgaben geholfen werden.
2. Die Wohnungswirtschaft verlagert sich schwerpunktmäßig auf Maßnahmen der Substanzerhaltung, der Sanierung, Modernisierung und Denkmalspflege. Der weitaus größte Teil der Neubauleistungen vollzieht sich im 1- und 2-Familien-Hausbau und wird im wesentlichen durch private Bauträger gestützt.
3. Primäre Aufgabe staatlicher Wohnungspolitik muß die Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus sein, dessen Schwerpunkte auf den Eigentumsmaß-

nahmen liegen müssen, denn nur auf diese Weise können die hohen Eigenleistungen durch Konsumverzicht sichergestellt werden.

4. Unaufschiebbar ist die Umstellung der staatlichen Wohnungsbauförderung auf die Grundlage echter staatlicher Baudarlehen.
5. Für die in den letzten fünf Jahren degressiv geförderten Wohnungen mittels Aufwendungsdarlehen muß die Bundesregierung ein Programm zur Herstellung einer sozial vertretbaren Mietlast vorlegen.
6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine langfristige Konzeption zur Verzahnung der Objektförderung mit der Subjektförderung vorzulegen.
7. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, darzulegen, welche Bedeutung sie der Bausparförderung mittelfristig beimißt und mit welchen Eingriffen in die derzeitige Rechtslage der Bausparer in diesen Bereich zu rechnen ist.
8. Schließlich ist das Verfahren über die Behandlung des Konjunkturprogramms im Bundestag in höchstem Maße bedenklich. Der Bundestag hat nur die Möglichkeit, dem Programm insgesamt entweder zuzustimmen oder es abzulehnen. Er hat keine Möglichkeit, es inhaltlich oder materiell zu verändern. Das vorliegende Konjunkturprogramm hätte es wegen seiner zutage getretenen Mängel und Unstimmigkeiten weiß Gott verdient, in dieser Form, Art und Weise abgelehnt zu werden. Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtlage mußte es aber, trotz seiner Unzulänglichkeiten, schnellstmöglich in Gang gesetzt werden, weil das Weiterleben der notleidenden Bauwirtschaft selbst von dieser Bluttransfusion mit abhängt.

■ KOALITION

Die Widersprüche Willy Brandts

Bei seiner Vernehmung vor dem Düsseldorf-Oberlandesgericht im Spionageprozeß Guillaume erklärte Willy Brandt am 24. September 1975, sein ehemaliger Referent habe während eines gemeinsamen Norwegenaufenthaltes im Juli 1973 Einblick in Unterlagen über die militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen der westeuropäischen Staaten zu den USA gehabt. Darunter hätten sich auch vertrauliche und geheime Berichte befunden.

Ganz im Gegensatz dazu hatte der damalige Bundeskanzler Brandt am 26. April 1974 vor dem Deutschen Bundestag über die Tätigkeit des DDR-Agenten Guillaume erklärt: „Der Agent war von mir nicht mit Geheimakten befaßt, weil dies nicht zu seinen Aufgaben gehörte.“

Zum gleichen Thema hatte er sich am 20. September 1974 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß im selben Sinn geäußert: „Er war, glaube ich, auf ‚vertraulich‘ oder ‚geheim‘ eingestuft, wie immer man das nennt, aber seine normale Tätigkeit hatte mit Staatspapieren dieser Art gar nichts zu tun.“

Abermals Irreführung der Öffentlichkeit

Erst durch die Veröffentlichung der Abschlußdokumente der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen ist das ganze Ausmaß der Zugeständnisse der Bundesregierung gegenüber den Forderungen der dritten Welt nach Einführung einer neuen Weltwirt-

schaftsordnung bekannt geworden. Die Bundesregierung hat entgegen ihren offiziellen Bonner Bekenntnissen zur freien Weltwirtschaftsordnung in New York den Grundsätzen einer planwirtschaftlichen neuen Weltwirtschaftsordnung ohne Vorbehalt zugestimmt, während die USA ihren Widerspruch zu Protokoll gaben und Irland, Luxemburg, Italien, England und Frankreich wichtige Vorbehalte anmeldeten. Die sich völlig widersprechenden Beschlüsse in Bonn und New York veranlaßten die CDU/CSU, eine parlamentarische Klärung dieser Vorgänge zu verlangen.

Kritik am Zettelkasten des Karl Marx

„Sehr besorgt“ über die Entwicklungen in ihrer Partei zeigt sich die „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD“. Helmut Klucken, Bezirksvorsitzender der Selbständigen in der SPD, erklärte gegenüber der Rheinischen Post: „Wir sind nicht bereit, den Mund zu halten ... Wer glaubt, mit dem Zettelkasten des Karl Marx die Probleme unserer Zeit bewältigen zu können, der irrt sich gewaltig.“

Medienpolitische Nacht- und-Nebel-Aktion der SPD

Scharf kritisiert hat die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in den deutschen Länderparlamenten den von der Bundesregierung, der hessischen Landesregierung, der Stadt Kassel und dem Hessischen Rundfunk in Kassel geplanten Kabelfernseh-Großversuch und hat die Veranstalter aufgefordert, das Positionspapier für dieses „mehr als fragwürdige Demonstrationsprojekt“ umgehend zurückzuziehen. In einer „medienpolitischen Nacht-und-Nebel-Aktion“ sei die von der Bundesregie-

rung selbst eingesetzte „Kommission für den Ausbau des Technischen Kommunikationssystems“ (KTK) in der parteitaktischen Absicht unterlaufen worden, das öffentlich-rechtliche Monopol auch auf den Bereich der neuen Medien auszuweiten.

Verbraucherschutz — nichts als Propaganda

Mit dem Gesetzentwurf zur Regelung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) kommt die Bundesregierung zu spät. Die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Thürk und Dr. Wittmann machten darauf aufmerksam, daß bereits im Januar dieses Jahres die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen vollständigen Gesetzentwurf zur Regelung der AGB im Bundestag eingebracht hat. Von der besonders wichtigen Verfahrensregelungen des Unionsentwurfes findet sich jedoch im Regierungsentwurf nichts. Mit großem propagandistischem Aufwand wird angeblicher Verbraucherschutz betrieben und ein unvollständiges Gesetz in die Welt gesetzt.

Jetzt ist die Presse schuld

Die SPD und der Kanzler wollen es wieder einmal nicht gewesen sein: Die Forderungen nach „Investitionslenkung“ und „Investitionskontrolle“ sollen eine Erfindung der öffentlichen Meinung sein. Statt zu erklären, wie die Bundesregierung die diversen systemsparenden Beschlüsse mitgliederstarker SPD-Bezirksverbände bewertet, versuchte Regierungsansager Bölling vor Journalisten der Presse den Schwarzen Peter zuzuschieben. Da sei „verzerrt“ und „verkürzt“ berichtet worden, da sei zu „Reizworten“ hochstilisiert worden, was ganz harmlos ge-

meint sei ... Wirklich harmlos? Der stellvertretende Sprecher der CDU, Karl Hugo Pruys, stellte hierzu fest: Für die Diskussion um die freiheitsfeindlichen Tendenzen der Investitionslenkung trägt die SPD die Verantwortung, nicht der Journalist, der darüber schreibt. Dem erneuten Versuch der Regierung, Presseschelte auszuteilen, sollte die gebührende Antwort zuteil werden.

SPD-Nachwuchs und Kommunisten

Der SPD-Nachwuchs freundet sich immer mehr mit Kommunisten an. Nicht nur, daß die Juso-Bundesvorsitzende Wiczorek-Zeul an dem Pressefest der italienischen Kommunisten teilnahm, das „im Zeichen der Freundschaft mit der DDR“ stand, sie attackierte Bundesverteidigungsminister Leber ausgerechnet in dem linksradikalen „Berliner Extra-Dienst“. Die SPD-Nachwuchsführerin hätte genausogut dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ das Interview geben können, meint hierzu das DGB-Organ „Welt der Arbeit“.

„Offene Kriegserklärung an die Sozialdemokratie“

Aus dem Vorstand des SPD-Unterbezirks Oldenburg ausgetreten ist der niedersächsische Wissenschaftsminister Prof. Joist Grolle. Er erklärte, er habe signalisieren wollen, daß Anlaß bestehe, sich über den Gesamtzustand der Partei Gedanken zu machen. Kennzeichnend sei, daß die Mitgliederversammlung des stärksten Ortsvereins der Oldenburger SPD ohne Gegenstimmen Anträge an den Unterbezirksparteitag verabschiedet habe, die eine „offene Kriegserklärung an die Sozialdemokratie“ darstellten.

■ INVESTITIONSLENKUNG

Ende der Marktwirtschaft

Die Auseinandersetzung über die Investitionslenkung innerhalb der SPD hat erneut die tiefe Spaltung dieser Partei deutlich gemacht. Während Schmidt und Apel vor dem Hamburger Parteitag die staatliche Investitionslenkung mit starken Worten ablehnten (Apel zu den Genossen: „Laßt doch den Quatsch!“), rührte Brandt zur gleichen Zeit vor dem Bezirksparteitag Westliches Westfalen in Dortmund keine Hand, als sich die Genossen für den „Quatsch“ stark machten . . .

Bei der Investitionslenkung geht es nicht um ein rein technisches Problem, sondern um die Grundsatzentscheidung, ob wir an einer freien marktwirtschaftlichen Ordnung festhalten wollen, die uns in den letzten 25 Jahren zu außerordentlichen wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen verholfen hat, oder ob wir unter dem Eindruck der finanz- und wachstumspolitischen Schwierigkeiten der Gegenwart von der sozialen Marktwirtschaft abweichen sollen, um eine zentral gesteuerte Wirtschaftsordnung an ihre Stelle zu setzen. Wer sich für die Investitionslenkung entscheidet, entscheidet sich zugleich gegen die freiheitliche Wirtschaft und auch gegen die Freiheit der Arbeitnehmer.

Wie dies in der Praxis aussieht, dokumentieren nachfolgende Presse-Zitate: „Wenn ein Unternehmen demnächst eine neue Maschinenhalle bauen woll-

te, dann sähe es, nach dem Willen wichtiger Parteibeiräte der regierenden SPD, so aus: Zunächst müßte im paritätisch besetzten Aufsichtsrat eine Mehrheit für das Projekt gefunden werden, das heißt, der Gewerkschaftsvertreter in diesem Gremium müßte von seiner Zentrale in Frankfurt oder Bochum grünes Licht für seine Zustimmung bekommen. Unterstellt, die Gewerkschaft zeige sich einsichtig, dann hätte die Unternehmensführung noch die neu zu schaffende staatliche Kontrollstelle um Genehmigung zu bitten. Erst danach könnte der Bau begonnen werden; die (inländische) Konkurrenz brauchte kaum gefürchtet zu werden, denn sie unterläge ja dem gleichen bürokratischen Mechanismus.

Dieses erschreckende Beispiel zeigt, was sich hinter dem Schlagwort „Investitionskontrolle“ verbirgt. Denn eine Investitionslenkung kommt einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel gleich; wer sie fordert, will . . . eine andere Republik.“ *Rheinische Post*

„Statt der Unternehmer entschieden letztlich Bürokraten . . . Wenig spricht dafür, daß Fehlinvestitionen vermieden werden, viel dafür, daß ihre Zahl zunimmt.“ *Stuttgarter Zeitung*

„Bürokratische Investitionslenkung wäre nach allen Erfahrungen das ungeeignetste Mittel, um die Krisensituation zu bewältigen. Zudem widerspräche sie jeder Form von Mitbestimmung, die Mitverantwortung bedeuten muß.“

Süddeutsche Zeitung

■ BERUFSBILDUNG

Alle sind gegen den praxisfernen Regierungsentwurf

Drei volle Tage lang hat der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft Sachverständige und Verbände zur Reform der beruflichen Bildung gehört. Das Ergebnis ist eine vernichtend einmütige Ablehnung der inhaltlichen Konzeption des Regierungsentwurfs:

1. Grundstrukturen und Zielvorstellungen des Regierungsentwurfs führen nach Ansicht vieler Sachverständiger zur Atomisierung des Ausbildungs- und Prüfungswesens. Auch die Gewerkschaften haben in ihre Kritik am Regierungsentwurf dessen Grundstrukturen und Zielvorstellungen mit einbezogen.
2. Niemand — außer der Regierung selbst — verspricht sich vom Bundesinstitut für Berufsbildung eine wirkungsvolle Abstimmung der Ausbildungsordnungen des Bundes mit den Rahmenlehrplänen der Länder. Der Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Abstimmung in einem von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Haus (Zentralstelle für berufliche Bildung) anzustreben, hat dagegen viel Unterstützung bei den Sachverständigen gefunden.
3. Die im Regierungsentwurf enthaltenen Vorschriften zur Berufsbildungsplanung und Statistik wurden als ineffizient und kostenintensiv abgelehnt; die Wirtschaftsverbände wurden von seiten der SPD/FDP-Koalition aufgefordert, dem Wissenschaftsausschuß neue Vorschläge einzureichen.

4. Im Bereich der Weiterbildung vertraten die Sachverständigen einhellig die Auffassung, daß die vorgesehene umfassende gesetzliche Normierung an der differenzierten Praxis vorbeigeht.

5. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Finanzierungsregelung ist bei keinem der geladenen Sachverständigen auf Zustimmung gestoßen. Die von der CDU/CSU geäußerten Bedenken haben sich voll bestätigt. Die vorgeschlagene Finanzierungsregelung ist zwar mit hohem Verwaltungsaufwand verbunden, kann aber das gesteckte Ziel, ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zu sichern, in keiner Weise erreichen.

Die Vertreter des Zentralverbandes des Handwerks und anderer Wirtschaftsverbände rechneten detailliert vor, daß der Regierungsentwurf zu einer Mehrbelastung, vor allem der Betriebe, von 2,3 bis 2,4 Mrd. DM pro Jahr führen würde. Auch der Mangel an Ausbildungsplätzen wird sich nach dem Urteil der Sachverständigen aus Einzelhandel und freien Berufen in den nächsten Jahren massiv verschärfen, wenn der Regierungsentwurf Gesetz werden sollte.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgrund der Ergebnisse der Anhörung aufgefordert, ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen.

Die Union wird in aller Kürze die Konsequenzen aus der Anhörung ziehen und einen eigenen Novellierungsvorschlag auf der Grundlage ihres Initiativantrags zur weiteren Reform der beruflichen Bildung vornehmen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will damit verhindern, daß die Jugendlichen — wie schon in der letzten Legislaturperiode — die Leidtragenden der Reformunfähigkeit von Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition bleiben.

■ BUNDESREGIERUNG

Steuermittel für den Wahlkampf

Die Bundesregierung schafft sich bereits jetzt die finanziellen Voraussetzungen, um mit Steuergeldern Wahlkampf führen zu können.

Die Frage ist, ob die Koalitionsparteien bereit sind, dies alles in einem Wahlkampfabkommen zu berücksichtigen. Einzelheiten hierzu nennt CDU-Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke.

Erst kürzlich konnte festgestellt werden, daß im Bundespresseamt bei den Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit im Inland eine Steigerung von 22 % vorgesehen ist. Der Bundesaußenminister soll erstmals einen Betrag von 1,9 Mio. DM für die Öffentlichkeitsarbeit erhalten. Mittlerweile sind nun weitere Einzelheiten bekanntgeworden, wie die Regierung im Wahljahr 1976 ihre Propagandamaschine laufen lassen will.

Der Bundesminister der Justiz erhält an Stelle von bisher 0,6 Mio. DM 1,85 Mio. DM, das ist eine Steigerung um 208 %. Der Wirtschaftsminister wird die deutsche Bevölkerung mit einem um 25 % höheren Betrag, nämlich mit insgesamt 2,5 Mio. DM über Energiefragen aufklären können, und das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung darf für seine Veröffentlichungen 44 % mehr ausgeben. In den Wahlkampf eingeschaltet wird auch der Verkehrsminister, der erstmals 1,45 Mio. DM für Öffentlichkeitsarbeit verbrauchen darf.

Zum Teil werden die Mehrausgaben

durch Kürzungen an anderen Stellen gedeckt. Wenn man jedoch überprüft, wo Kürzungen gegenüber den ursprünglich geplanten Haushaltsansätzen vorgesehen sind, wird es bedenklich. So werden bei Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Verkehrsunfällen 3 Mio. DM eingespart. Offenkundig ist es nicht mehr das Ziel der Regierung, umfassend über sämtliche Bereiche der Politik zu berichten, was ihre Aufgabe wäre, sondern Schwerpunkte zu setzen, von denen sie glaubt, sie seien im Wahlkampf besonders wichtig.

In diesem Zusammenhang richtete der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Manfred Luda folgende Fragen an die Bundesregierung:

1. Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung plant, die Mittel für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im Wahlkampf 1976 nicht, wie in den anderen Ressorts, wegen der angespannten Haushaltslage zu kürzen, sondern um 2,8 Mio. DM auf 15,45 Mio. DM zu erhöhen?

2. Trifft die weitere Meldung zu, der zufolge bei der Umverteilung von Finanzmitteln zugunsten zusätzlicher Regierungswerbung im Jahre 1976 von der Bundesregierung beschlossen ist, 3 Mio. DM für alljährliche Aufklärung und Erziehung zur Hebung der Sicherheit im Straßenverkehr, die vor allem dem Schutz der Schulkinder dient, und eine weitere Million für Verbraucher-aufklärung zu streichen?

■ 12. OKTOBER 1975

Tag des ausländischen Mitbürgers

Alle christlichen Kirchen in unserem Lande haben dazu aufgerufen, am 12. Oktober 1975 zum ersten Mal gemeinsam den „Tag des ausländischen Mitbürgers“ zu veranstalten. Sinn dieses Tages ist es, Verständnis, Begegnungen und Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen zu fördern.

Aus ihrer christlichen Verantwortung heraus ist es für die CDU selbstverständlich, sich aktiv an der Durchführung des „Tages des ausländischen Mitbürgers“ zu beteiligen.

Die Aktionen der Kreis- und Ortsverbände unserer Partei brauchen und sollen sich nicht nur auf die Teilnahme an Veranstaltungen am 12. Oktober beschränken. Vielmehr sollte dieser Tag zum Anlaß genommen werden, sich verstärkt mit Fragen unserer ausländischen Mitbürger zu beschäftigen.

Da seit dem letzten Bundesparteitag Ausländer die Möglichkeit haben, in der CDU Mitglied zu werden, können die folgenden Vorschläge auch als Teil der Mobilisierungsaktion angesehen werden:

— Die Initiative zum „Tag des ausländischen Mitbürgers“ soll eigentlich an jedem Ort von den Kirchen oder von ihnen geleiteten Koordinierungskreisen ausgehen. Die Kreis- und Ortsverbände erfahren daher am besten bei ihren Kirchengemeinden, welche Aktionen bislang zum 12. Oktober geplant sind.

— Teilnahme von CDU-Politikern an eventuell vorgesehenen Podiumsgesprächen.

— Präsenz von CDU-Mandatsträgern bei Folklore-, Sport- und sonstigen Veranstaltungen.

— Die CDU kann auch eigene gesellige Veranstaltungen, z. B. Tanzabende für Deutsche und Ausländer, durchführen.

— In Gemeinden mit hohen Ausländeranteilen sollte überlegt werden, „Ausländerarbeitskreise“ innerhalb der Partei einzurichten.

— Die Partei sollte — wenn möglich mit Ausländern — über kommunalpolitische Initiativen zur besseren Integration der Ausländer diskutieren.

— Die CDU sollte ihre Mitglieder in den Elternbeiräten der Schulen anregen, sich mit den Problemen der ausländischen Schulkinder zu beschäftigen.

Als Argumentationshilfe zur Ausländerpolitik der CDU bietet die Bundesgeschäftsstelle an:

Broschüren — Argumente — Dokumente — Materialien:

„Ausländerpolitik der CDU“

Umfang: 8 Seiten

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,17 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 5391

Argumentationskarte:

„Ausländerpolitik der CDU“

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 3,— DM pro 100 Exemplare

Bestellnummer: 6392

Beide Drucksachen können ab 9. Oktober beim IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1 Postfach 6666, Telex 9 33 753 iserv d, zu den bekannten Bedingungen bestellt werden.

Neue Statuten-Broschüre der CDU

Ab sofort befindet sich im Werbemittel-Angebot der Bundesgeschäftsstelle die neue Statuten-Broschüre. Sie berücksichtigt alle Satzungsbeschlüsse des Mannheimer Parteitages und enthält neben dem Statut der CDU u. a. die Finanz- und Beitragsordnung, die Beitragsregelung, die Parteigerichtsordnung, die Geschäftsordnung der CDU, Art. 21 Grundgesetz und das Parteiengesetz.

Die Broschüre hat einen Umfang von 64 Seiten im Format DIN A 5.

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,63 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 3363

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Posif. 6666, Telex 9 33 753 iserv d. Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

Statut

**Finanz- und
Beitragsordnung**
Parteigerichtsordnung
Geschäftsordnung
Parteiengesetz

CDU

TERMINE

- 3. 10. LV Berlin, Landesvorstand
- 3. 10. LV Berlin, Landesausschuß
- 3. 10. LV Schleswig-Holstein, Frauenvereinigung, Hauptausschuß, Kiel
- 3. 10. LV Braunschweig, Landesvorstand, Seesen
- 3. 10. LV Westfalen-Lippe, Landesvorstand, Dortmund
- 3./4. 10. LV Baden-Württemberg, Landesparteitag, Ulm
- 3./5. 10. Exil-CDU, Deutschlandpolitische Regionaltagung, Schwäbisch Hall
- 4. 10. CDU — Bund, Frauenvereinigung, Tagung der weiblichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Lübeck
- 4. 10. LV Hessen, KPV, Landesvertreterversammlung, Limburg
- 4. 10. LV Schleswig-Holstein-Sozialausschüsse, Landesausschuß, Neumünster
- 4. 10. LV Westfalen-Lippe, Kreisvorsitzendenkonferenz, Dortmund
- 6. 10. LV Schleswig-Holstein, Landesausschuß, Kiel
- 8. 10. LV Hessen, Kreisgeschäftsführerkonferenz
- 10./11. 10. CDU — Bund, BFA für Sicherheitspolitik, Bonn
- 11. 10. LV Rheinland, Frauenvereinigung, Landesausschuß, Leverkusen
- 13. 10. LV Saar, Landesvorstand, Saarbrücken
- 13. 10. LV Saar, Landesausschuß, Saarbrücken
- 13./18. 10. JU Baden-Württemberg, Polen-seminar, Warschau
- 17. 10. CDU — Bund, BFA „Wirtschaftspolitik“
- 17. 10. LV Berlin, Landesvorstand
- 17. 10. LV Rheinland, Geschäftsführender Landesvorstand, Köln

■ ZITAT

Auf Adenauers Spuren

Vor genau 20 Jahren, im September 1955, hat Konrad Adenauer bei seinem Moskau-Besuch den Sowjets mit vorzeitiger Abreise gedroht, weil er sich von ihnen bei der Verhandlung über die Rückführung deutscher Kriegsgefangener hintergangen fühlte. Adenauer hatte Erfolg.

Gestern, 20 Jahre später, sah sich Helmut Kohl, Kanzlerkandidat der Union, in Moskau zu einem ähnlichen Schritt veranlaßt. Er wird sich wohl bewußt sein, daß Adenauer nicht ein zeitlos gültiges Modell für den Umgang mit Sowjets geliefert hat. Aber vielleicht hat der „Enkel Adenauers“, wie Kohl sich gelegentlich nennt, an 1955 gedacht, als er einen vorzeitigen Abbruch seines Aufenthaltes in der Sowjetunion nicht ausschloß.

Die Szenen sind nicht vergleichbar. Wohl aber das Verhalten der Sowjets ... Kohl konnte über diese Provokation nicht stillschweigend hinweggehen. Denn in der „Prawda“ erscheint nicht zufällig, schon gar nicht ein solcher Beitrag während der Anwesenheit eines deutschen Gastes.

Über die Gründe, die zur Veröffentlichung des Strauß-Artikels zu diesem Zeitpunkt geführt haben, kann nur spekuliert werden. Vielleicht wollten die Sowjets versuchen, einen Keil zwischen

Anschrift:

Kohl und den ihnen in besonderem Maße verhaßten Strauß zu treiben, was ihnen gelungen wäre, wenn Kohl geschwiegen oder geschmunzelt hätte. Vielleicht wollten sie testen, was sie Kohl zumuten können. Vielleicht wollte ein Scharfmacher im Kreml verhindern, daß der Besuch Kohls ausschließlich freundlich abließ.

Was auch immer die Motive der anderen Seite gewesen sein mögen — Kohl mußte den Versuch, in die deutsche Innenpolitik einzugreifen, zurückweisen. Sein Verhalten war der Sache und der Lage angemessen. Sicherlich hat die Reise Kohls nun noch stärker als bisher innenpolitische Akzente bekommen. Die feste Haltung des Unions-Politikers wird in der Bundesrepublik gewiß respektiert werden und weithin Zustimmung finden; denn auch gegenüber den Sowjets sollten deutsche Politiker unmißverständlich klar machen, wo die Grenzen des Zumutbaren liegen. Sie sind gegenüber Kohl verletzt worden. Ein Protest, der sich etwa in einer Pressekonferenz lediglich in Worten niederschlagen hätte, wäre kaum angemessen gewesen. **Rheinische Post, 27. 9. 1975**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID